

Parlament der DG
Herrn Karl-Heinz Lambertz
Präsident
Platz des Parlaments 1

4700 Eupen

Eupen, den 30. Januar 2015

Ihr Zeichen: d1/st/15499

Unser Zeichen: AA/OW/sl/00422

Ihre Ansprechpartnerin ist Sabina Langer, Telefon +32 (0)87 596 443, sabina.langer@dgov.be

**Antworten auf die Schriftlichen Fragen Nr. 16-18 vom 6. Januar 2015
von Herrn Balter**

Sehr geehrter Herr Präsident,

anbei erhalten Sie die Antworten auf die o.e. Schriftlichen Fragen.

Freundliche Grüße

Antonios Antoniadis
Minister

Anlagen

Schriftliche Frage Nr. 16 vom 6. Januar 2015 von Herrn Michael Balter an Herrn Minister Antonios Antoniadis zur Schulung der Kaleido-Mitarbeiter in Sachen Impfungen

Wenn in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Kind geboren wird, erhalten die jungen Eltern Besuch einer Mitarbeiterin des Kaleido-Dienstes. Im Rahmen der durch diese Person stattfindenden Beratung werden unter anderem auch Impfpfehlungen ausgesprochen.

Hierzu folgende Fragen:

- Informieren die Mitarbeiter die Eltern auch über eventuelle Impfrisiken und Nebenwirkungen der Impfung?
- Welche Schulungen erhalten diesbezüglich die Mitarbeiter des Kaleido-Dienstes?
- Inwiefern werden sie speziell in der Impftematik ausgebildet, um eine kompetente Beratung vorzunehmen und aufkommende Fragen qualifiziert beantworten zu können?
- Wenn ja, durch welches Institut wird die Schulung vorgenommen?

M. BALTER

In der von Ihnen hinterlegten schriftlichen Frage Nr. 7 vom 2. Dezember 2014 in Bezug auf die Information der Bevölkerung über die Risiken von Nebenwirkungen und Schäden, die bei Impfungen auftreten können, habe ich mich bereits zu Art und Umfang der Informationen geäußert.

Gerne weise ich aber noch einmal darauf hin, dass die Eltern ein von Kaleido-DG erstelltes Faltblatt über die Impfungen erhalten. Darin werden auch die Nebenwirkungen und Impfrisiken erwähnt. Das Dokument kann jederzeit auf DGLive unter der Rubrik „Gesundheit/Impfungen“ abgerufen werden.

Sollten Eltern zusätzliche Informationen benötigen oder weitere Fragen haben, empfehlen die Mitarbeiter von Kaleido, mit dem Impfarzt in der Vorsorgestelle zu sprechen oder ihren Haus- und/oder Kinderarzt zu konsultieren.

Bei den für die Impfungen zuständigen Mitarbeitern von Kaleido-DG handelt es sich um Fachkräfte mit einer medizinisch-wissenschaftlichen Ausbildung sowie um Ärzte und Krankenpflegerinnen mit einem Bachelor-Abschluss.

Kaleido steht in engem Kontakt mit der interuniversitären Fachstelle der Französischen Gemeinschaft PROVAC (Programme de vaccination). Die Zusammenarbeit vollzieht sich in Form von regelmäßigen Kontakten und beinhaltet sowohl die Beratung als auch den Austausch über neue fachliche Erkenntnisse oder die Erstellung von Informationsmaterial.

Zudem findet mindestens einmal pro Jahr ein Treffen mit PROVAC an der Uni Lüttich statt. Daran nehmen auch die Mitarbeiter (Krankenpflegerinnen und Ärzte) von Kaleido teil. Gegenstand dieser Zusammenkunft sind inhaltliche Schwerpunkte zum Thema Impfungen, wie die Durchführung einer neuen Impfung, mögliche Nebenwirkungen, spezifische Anfragen von Akteuren aus dem Terrain, Impftaktualität, usw. Durch gezielte Animationen in kleinen Gruppenateliers wird den Mitarbeitern die Möglichkeit vermittelt, den Kreis zwischen Theorie und Praxis zu schließen.

Schriftliche Frage Nr. 17 vom 6. Januar 2015 von Herrn Michael Balter an Herrn Minister Antonios Antoniadis zu Maßnahmen zur Behebung des Mangels an Pflegekräften in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Im 3. Band des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) liest man von der bekannten Problematik des Pflegenotstandes in Krankenhäusern und Altenheimen der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Es wird erläutert, neben den Themen, die in der föderalen Gesetzgebung geregelt werden, könne auch die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst in Form von Aufwertung der Pflegeberufe und der sozialen Anerkennung aktiv werden (siehe REK Band 3 – 11.1).

Dazu folgende Fragen:

- Welche Maßnahmen wurden diesbezüglich ergriffen, um die dringend erforderliche Aufwertung des Pflegeberufes voran zu treiben?
- Welche Schritte gedenken Sie einzuleiten, um dem Mangel an Pflegekräften in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachhaltig vorzubeugen?
- Gibt es diesbezüglich schon Projekte?

M. BALTER

Die innerhalb der letzten Legislaturperiode vorgesehenen und durchgeführten Maßnahmen zur Aufwertung der Pflegeberufe wurden ausführlich in der Ausschusssitzung vom 28.01.2015 thematisiert.

Hervorzuheben wäre:

- Die Ausbildung zum Familien-, Senioren- und Pflegehelfer und zum Kinderbetreuer, die langfristig finanziell abgesichert wurde . Sie wird nun bereits zum fünften Mal organisiert durch die Krankenpflegevereinigung KPVDB V.o.G. , die Familienhilfe V.o.G. in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der DG sowie mit der Unterstützung des Arbeitsamtes.
- Außerdem wurden die Weiter- und Zusatzausbildungen im Pflegebereich im Jahr 2012 zwischen der AHS, der KPVDB und der Regierung durch einen Vertrag langfristig finanziell abgesichert. Die Vereinbarung ermöglicht den beiden Ausbildungsträgern der DG eine effiziente Aufgabenverteilung und vermeidet Doppelangebote.
- So werden von der KPVDB diverse Zusatzausbildungen für Krankenpfleger zwecks Erlangung von beruflichen Qualifikationen oder Fachtiteln angeboten: zum Beispiel der Fachtitel in Psychiatrie (2013-2014) oder die berufliche Qualifikation in Palliativpflege (2014-2015) .
- An der Autonomen Hochschule läuft neben der Grundausbildung der Gesundheits- und Krankenpfleger seit 2013 eine dreijährige Ausbildung zur Führungskraft in der Pflege: Mit dem Erlangen dieses Titels ist es den 18 teilnehmenden Krankenpflegern möglich eine Stations- oder Pflegedienstleitung zu übernehmen. Die Zusatzausbildung „Intensiv- und Notfallpflege“ mit 60 ECTS haben im Juni 2013 insgesamt 10 Pfleger absolviert.
- Neben einer Spezialisierung in deutscher Sprache erlauben diese Module den Pflegekräften, eine finanzielle Aufwertung, die von föderaler Ebene definiert und finanziert wird.

- Maßnahmen zur Ermöglichung eines Quereinstiegs in die Ausbildung zum Pflegehelfer wurden ergriffen.
- Im Rahmen des Interreg-Projektes „Future proof for cure and care“ wurde gemeinsam mit 27 Partnern aus der gesamten Euregio Maas-Rhein an Möglichkeiten gearbeitet, den Pflegeberuf attraktiver zu machen, die Anerkennung von Diplomen und Zertifikaten grenzüberschreitend zu erleichtern und den Pflegefachkräftemangel gemeinsam zu bekämpfen, anstatt sich gegenseitig Konkurrenz zu machen.

Die unter der letzten Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Aufwertung der Pflegeberufe, wie Fort- und Weiterbildung, Zusatzausbildung und Möglichkeiten zum Quereinstieg, werden in der jetzigen Legislaturperiode weitergeführt, ausgewertet und verbessert.

Dies wird zum einen über die Sicherung der bestehenden Maßnahmen erfolgen. Zum anderen wird ein besonderes Augenmerk auf die weiteren Entwicklungen auf föderaler Ebene gelegt, die für die Anerkennung der Pflegeberufe, die Gehaltsstufen und die Vergabe der Fachtitel zuständig ist.

In der jetzigen Legislaturperiode wird die Regierung auch einen Schritt weitergehen, indem die Thematik im zweiten Umsetzungspaket des REK berücksichtigt wird, das voraussichtlich im Mai veröffentlicht wird.

So werden wir uns u.a. mit den Fragen der zeitnahen Erfassung des Fachkräftemangel und des Bedarfs an Wiedereinstiegskurse für das sich in einem längeren Pausenstand befindliche Pflegepersonal auseinandersetzen. Darüber hinaus werden wir uns mit der Frage beschäftigen welches die erforderlichen Berufsbilder für eine hochwertige Pflegedienstleistung sind.

Dabei gilt es den Sektor zu konsultieren, um neue Projekte und weitere Schritte zu definieren, die dann auch konkret in der Zuständigkeit der DG liegen müssen.

Dies alles mit dem Ziel, den Pflegeberuf aufzuwerten und somit auch die flächendeckende Betreuung von kranken und betagten Menschen sowohl im häuslichen als auch im stationären Umfeld zu sichern.

Schriftliche Frage Nr. 18 vom 6. Januar 2015 von Herrn Michael Balter an Herrn Minister Antonios Antoniadis zu Schulungsmaßnahmen in Bezug auf Lebensmittelzusatzstoffe

Viele Lebensmittel sind mit verschiedensten Zusatzstoffen versetzt, die unter Verdacht stehen, Krankheiten zu begünstigen und zu verursachen.

Kaliumnitrat, ein Konservierungsmittel, wandelt sich unter bestimmten Umständen nach der Aufnahme im menschlichen Körper zum toxisch wirkenden Nitrit um.

Azofarbstoffe sind Farbstoffe, die verwendet werden, um eine intensive rote Färbung bei Lebensmitteln, häufig Süßigkeiten, zu erreichen. Sie stehen unter Verdacht, Allergien und Erkrankungen auszulösen, einige Farbstoffe der Azogruppe sind sogar krebserregend.

Dies sind nur zwei Beispiele, doch die Liste bedenklicher Stoffe in Lebensmitteln ist lang.

Angesichts dieser Situation stellt sich mir die Frage, was Sie unternehmen, um die Verbraucher in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu informieren:

- Gibt es diesbezüglich Vorgaben in der Schulernährung und in Altenheimen?
- Gibt es konkrete Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, werden Pädagogen und Schulpersonal, aber auch Familienhelfer und Pfleger diesbezüglich geschult, um ihre Schutzbefohlenen/Patienten angemessen informieren zu können?
- Planen Sie diesbezüglich etwas?

M. BALTER

Die Verordnung 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates regelt die Zulassung der Zusatzstoffe in der Europäischen Union. Die Verwendung von Zusatzstoffen in der Lebensmittelkette ist eine föderale Kompetenz. Die Zulassungsprozedur von Zusatzstoffen in Nahrungsmitteln und deren Konzentration sind gesetzlich geregelt. Dies betrifft beispielsweise auch den in Belgien zugelassenen Zusatzstoff Kaliumnitrat.

Auch die Lebensmittelkontrolle ist eine föderale Kompetenz. Nach Zulassung unterliegt die Verwendung von Zusatzstoffen der Kontrolle der zuständigen föderalen Dienststelle AFSCA. Diese informiert auch über Konsum und die Risiken von Zusatzstoffen oder erreicht Produktrückrufe. Sie kontrolliert und zertifiziert das im Horeca-Bereich ausgebildete Küchenpersonal der Alten- und Pflegewohnheime, der Krankenhäuser, etc. Außerdem übermittelt AFSCA die verordnungsrechtlichen Vorschriften der Nahrungsmittelsicherheit an Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser und Altenheime.

Der Erlass vom 26. Februar 1997 über die Anerkennungsbedingungen für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren gibt eine gesunde, seniorengerechte und abwechslungsreiche Ernährung vor. Diese muss dem Gesundheitszustand der Bewohner angepasst sein. Bei der Umsetzung dieser Vorgabe verfügen die Träger allerdings über einen gewissen Spielraum. So hat beispielsweise das Alten- und Pflegewohnheim "Sankt Joseph" in Zusammenarbeit mit dem ÖSHZ ein hauseigenes und regionalverankertes Ernährungskonzept ausgearbeitet.

Wir werden die laufende Legislaturperiode nutzen, um mit den einzelnen Trägern der Alten- und Pflegewohnheimstrukturen sowie den Experten über die seniorengerechte, gesunde und nachhaltige Ernährung auszutauschen.

Zwar ist der Verbraucherschutz ebenfalls Zuständigkeit des Föderalstaates, dennoch stellt die Verbraucherschutzzentrale der DG unseren Bürgern Informationsmaterial zur Verfügung. Ich denke hier an die Broschüre „E-Nummern“ sowie an die Buchveröffentlichung „Gift in ihrem Teller“.

Die AHS bietet zudem im ersten Ausbildungsjahr das Fach „Ernährung und Diätlehre“ an. Dabei wird explizit auf das Thema Zusatzstoffe eingegangen.

Bei der Plenarsitzung vom 19.03.2012 interpellierte K.-H. Braun den damaligen Unterrichtsminister O. Paasch zur nachhaltigen und gesunden Schulernährung. Sicherlich ist der jetzige Schulminister, H. Mollers, sehr gerne bereit, auf Ihre Fragen zur Ernährung in den Schulen oder zur Schulung der Pädagogen und des Schulpersonals einzugehen.

Die DG ist für die Gesundheitsförderung zuständig. Auf Grundlage eines Gutachtens des Gesundheitsbeirates wird der Erlass zur Festlegung der inhaltlichen Schwerpunkte für die Gesundheitsförderung erstellt. Zusätzlich unterstützt die Regierung, u.a. über das PEB-Programm, Maßnahmen zahlreicher Projekte, die von Gemeinden oder Vereinigungen zur gesunden Ernährung ausgearbeitet werden.

Letztendlich wird der Gesundheitsvorsorge auch bei der Ausarbeitung der Verträge zwischen der Regierung und den Einrichtungen aus der DG Rechnung getragen. Hier wären die VSZ, Kaleido oder der PRT zu erwähnen.